

Die Innere Sicherheit Deutschlands wirksam stärken

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) legt zur Bundestagswahl 2025 Impulse vor, die zentrale Forderungen und Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Deutschland darlegen. Als größte Interessenvertretung der Beschäftigten von Polizeien und Zoll setzt die GdP einen klaren Fokus auf die Herausforderungen der föderalen Sicherheitsarchitektur und die Bedeutung nachhaltiger Investitionen.



**Gewerkschaft
der Polizei**

Bundesvorstand

Schwerpunkte auf Bundesebene

Finanzierung der Inneren Sicherheit

Die GdP fordert ein Sondervermögen für die Innere Sicherheit, um die Einsatzfähigkeit der Sicherheitsbehörden zu sichern. Die Schuldenbremse sollte angepasst werden, um langfristig mehr Mittel für Personal, Ausstattung und Prävention bereitzustellen.

Stärkung der Rechtsstaatskette Neben der Polizei müssen auch Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und finanziell gestärkt werden, um die gesamte Rechtsstaatskette zu optimieren.

Modernisierung von Bundesgesetzen

Dringende Anpassungen in den Bereichen Cyberkriminalität, Vorratsdatenspeicherung und Telekommunikationsüberwachung sollen die Ermittlungsarbeit verbessern. Zudem fordert die GdP eine Beweislastumkehr bei der Einziehung von unklaren Vermögen und eine stärkere Bekämpfung von Menschenhandel.

Schutz der Beschäftigten Die Sicherheit von Polizist:innen und Zollbeamten:innen soll durch Maßnahmen gegen Gewalt und Hetze sowie durch bessere Dienstunfallfürsorge erhöht werden.

Bundespolizei Die GdP fordert eine Modernisierung des Bundespolizeigesetzes, einschließlich neuer Befugnisse zur Abwehr von Bedrohungen wie Drohnenangriffen. Operative Kernaufgaben der Bundespolizei, wie die grenzpolizeiliche Arbeit, sollen gestärkt werden.

Bundeskriminalamt (BKA) Eine Überarbeitung des BKA-Gesetzes soll die Befugnisse zur Bekämpfung von Cybergefahren erwei-

tern. Die GdP spricht sich zudem für eine Grundgesetzänderung aus, um dem BKA bundesweite Kompetenzen in diesem Bereich zu verleihen.

Nachrichtendienste Die GdP fordert eine nachhaltige Stärkung der Nachrichtendienste, einschließlich des Ausbaus des Bundesamts für Verfassungsschutz zur Zentralstelle für Spionageabwehr.

Zivilmilitärische Zusammenarbeit Die GdP betont die Notwendigkeit einer verbesserten Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden, Nachrichtendiensten und der Bundeswehr, insbesondere zur Abwehr hybrider Bedrohungen.

Verkehrswende Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unterstützt die GdP die Vision Zero – das Ziel, Verkehrstote und Schwerverletzte vollständig zu vermeiden.

Bund-Länder-Zusammenarbeit

Harmonisierung und Standards Die GdP plädiert für eine bundesweite Angleichung der Polizeigesetze. Musterpolizeigesetze und einheitliche Standards sollen länderübergreifende Einsätze erleichtern. Zudem wird eine zentrale Beschaffung der Polizeiausstattung gefordert.

Fortbildung und Services Die GdP fordert eine Verbesserung der kriminalpolizeilichen Fortbildungen sowie den Ausbau zentraler Serviceleistungen durch das Bundeskriminalamt.

Einheitliche Arbeitsbedingungen und Besoldung Die Angleichung der Besoldung und Arbeitsbedingungen zwischen den Bun-

desländern steht im Fokus. Die GdP fordert einheitliche Grundgehälter, dynamisierte Zulagen und eine Harmonisierung der Altersgrenzen für Pensionseintritte. Auch Versorgungsansprüche für Beamte in Ostdeutschland sollen gerechter gestaltet werden.

Moderne IT-Infrastruktur und Digitalisierung

Die Harmonisierung polizeilicher IT-Systeme ist eine Priorität. Ein Digitalisierungspakt wird angestrebt, der Standards definiert und moderne Technik bereitstellt. Die digitale Polizeiarbeit braucht klare Rechtsgrundlagen und barrierefreie Software. Online-Wachen und digitale Kommunikationsmitteln müssen ausgebaut werden.

Attraktivität des Polizeiberufs Die GdP setzt sich für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein. Anpassbare Arbeitszeiten, Homeoffice und Sabbaticals sollen verstärkt werden. Pilotprojekte zur 4-Tage-Woche und eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 34 Stunden werden gefordert.

Mehr Personal und Vielfalt Die GdP fordert eine Aufstockung des Personals und eine diversere sowie interkulturellere Aufstellung der Polizei.

Umgang mit Mehrarbeit Klarere Regeln und Begrenzungen für Mehrarbeit sowie die Einführung von Überstundenkonten sollen die Belastung der Polizeibesetzten reduzieren. Der Gesundheitsschutz soll gestärkt werden.

Personalvertretung und Mitbestimmung

Die GdP fordert eine stärkere Mitbestimmung durch erweiterte Rechte der Personalräte und digitale Personalratswahlen.

Europäische Perspektive

Kooperation und Resilienz Die GdP setzt sich für eine stärkere europäische Zusammenarbeit ein, insbesondere bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität, grenzüberschreitenden Einsätzen und der Harmonisierung von Verkehrsregeln. Die GdP will, dass eine vollständige Vermeidung von Todesopfern und Schwerverletzten im Verkehr umgesetzt wird.

Stärkung europäischer Einrichtungen

Zusätzliche Ressourcen für Europol und Frontex sollen die Sicherheitsarbeit effizienter machen. Ein europäischer Technikpool für besondere Einsatzlagen wird vorgeschlagen. Die GdP fordert Reformen im Asylsystem und aktualisierte Rückführungsabkommen, um die Polizei von Grenzkontrollen an Schengen-Binnengrenzen entlasten zu können.

Internationale Zusammenarbeit

Fluchtursachen und Rückführungen

Effektive Rückführungsabkommen und die Bekämpfung von Fluchtursachen sollen Migration steuern und Sicherheit gewährleisten.

Interpol und internationale Polizeimissionen

Die GdP fordert eine verbesserte Ausstattung und Organisation internationaler Polizeieinheiten sowie attraktivere Bedingungen für Polizeibesetzte in internationalen Einsätzen.

Die Langfassung des Impulspapiers der GdP können Sie auf www.gdp.de herunterladen.





Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

Herausgeberin:

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Stromstr. 4, 10555 Berlin

Verantwortlich:

Bundesgeschäftsstelle Abt. II,
Jeldrik Grups
jeldrik.grups@gdp.de